Die deutsch-englischen Beziehungen.

Die große Rede, in der der Staatssekretär des Äußeren Grey im englischen Unterhause eine Darstellung der Haltung Englands während der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen gab, ist ohne Zweifel ein bedeutsames Ereignis. Selten hat ein Staatsmann, der sonst ein Diplomat aus der Schule der großen Schweiger ist, mit solchem Freimut über die Beziehungen seines Landes zu andern Ländern gesprochen und selten auch mit solcher Schärfe (trotz aller Höflichkeit und Freundlichkeit) darauf verwiesen, was seine Politik von der eines andern Landes trennt. Das tritt deutlich hervor, wenn man den Wortlaut der Schlußausführungen des Staatssekretärs liest, wobei er von der

größten Armee der Welt

sprach und etwa folgendes sagte: „Deutschlands Stärke ist in sich selber eine Garantie, daß kein andres Land einen Streit mit ihm suchen wird. Das ist eine Seite des Schildes, auf die Deutschland wohl stolz sein kann. Aber die deutsche öffentliche Meinung sollte daran denken, daß es eine andre Seite des Schildes gibt. Wenn eine Nation die größte Armee in der Welt besitzt, wenn sie eine sehr große Flotte schon besitzt und im Begriff steht, eine noch größere zu bauen, dann muß sie alles in ihrer Macht stehende tun, um die sonst

natürliche Befürchtung andrer

zu verhindern, daß diese Macht mit ihrem Heer und ihrer Flotte kriegerische Absichten gegen sie verfolgen könne. Ich glaube nicht, daß Deutschland Angriffspläne gegen irgend eine Macht hegt. Aber man muß sich vor Augen halten, daß andre Nationen besorgt und empfindlich werden und nach irgendwelchen Anzeichen von solchen Absichten ausspähen. Alles, was wir und die andern Nachbarn Deutschlands wünschen, ist, auf gleichem Fuße mit ihm zu leben. Es ist der Regierung geraten worden, daß wir unter keinen Umständen einem unsrer Freunde irgendwelchen Beistand leisten sollten, in wie herausfordernder oder unberechtigter Weise er auch angegriffen wird. Das würde ein Verfuch sein, zu dem zurückzukehren, was man einstmals bei uns die

Politik des glänzenden Alleinseins

genannt hat. Sie würde dazu führen, daß andre europäische Nationen durch Wahl oder Notwendigkeit in den Kreis einer einzigen Diplomatie gebracht würden, von der wir ausgeschlossen wären. Darum lassen Sie uns mit allen Mitteln neue Freundschaften suchen, aber nicht auf Kosten derer, die wir haben. Wir bewahren unsre Freundschaften und wollen sie ungeschmälert erhalten. Ist solch eine Politik ein notwendiges Hindernis guter Beziehungen mit Deutschland? Ich glaube nicht, daß dem so ist. In der deutschen Presse heißt es immer, wir wollten Deutschland überall im Wege stehen. Wir bedauern, daß die marokkanische Frage bei uns keine andre Haltung zuließ. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß es die richtige Politik für England ist, seine afrikanischen Besitzungen künftighin so wenig als möglich auszudehnen. Wenn Deutschland freundliche

Vereinbarungen betreffs Afrikas

mit andern Ländern treffen will, gehen wir nicht darauf aus, ihm irgendwie in den Weg zu treten, ebensowenig wie Frankreich. — Der deutsche Kanzler hat kürzlich zwei Reden gehalten. Sie brachten natürlich den deutschen Gesichtspunkt zum Ausdruck und waren hauptsächlich an die deutsche öffentliche Meinung gerichtet. Ich erkenne gern an, daß der Kanzler in beiden Reden, obgleich er mit einer schwierigen Frage zu tun hatte, sorgsam bemüht war, alles zu vermeiden, was die englische öffentliche Meinung beleidigen konnte. Wenn diese Reden den Geist der deutschen Politik widerspiegeln, dann bin ich überzeugt, daß in kurzer Zeit das

Gerede von einem europäischen Kriege

verstummen wird. Wir wollen uns nicht einbilden, daß wir mit Gewalt bessere Beziehungen zu Deutschland herstellen können, aber man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß sich der Horizont aufhellt. Es mag gewiß noch eine Zeit dauern, bis sich nach den Erregungen der Marokkokrise die öffentliche Meinung in Deutschland, Frankreich und auch bei uns genügend beruhigt hat, um die volle Bedeutung des Abkommens zu erkennen. Aber seine Wirkung muß doch endlich sein, die politische Atmosphäre aufzuklären, die Spannung zu mildern und ein großes Hindernis auf dem Wege der europäischen Diplomatie zu beseitigen. Wenn die jetzt getroffene Regelung zwischen Frankreich und Deutschland die Zustimmung beider Nationen erhält, dürfte die

marokkanische Frage dauernd geregelt

sein, ohne Bruch des europäischen Friedens. Wenn dies so ist, dann nehme ich vertrauensvoll, sowohl gegenüber der Kritik in diesem Lande, als derjenigen von außerhalb, in Anspruch, daß die Stellungnahme der englischen Regierung wesentlich zu der Verwirklichung dieser Erwartungen beigetragen hat." — Wenn man einen Blick auf die Londoner Blätter wirft, die sich sämtlich mit dieser Rede befassen, so ist festzustellen, daß die Stimmung gegen Deutschland eine weniger feindliche geworden ist. Sehr viele Blätter geben der Ansicht Ausdruck, daß England der ewigen

Zänkereien mit Deutschland

müde ist. Das kam noch deutlicher wie in der Presse, in der Debatte im Oberhause zum Ausdruck, wo ein Mitglied der Liberalen die Politik Englands scharf kritisierte und anfragte, warum nicht ein dem englisch-französischen Abkommen ähnlicher Vertrag mit Deutschland geschlossen werden könne, während ein Regierungsgegner erklärte: „Ob die Schutzherrschaft über Marokko einer oder der andren Macht übertragen wurde, unsre Pflicht war es, darauf zu bestehen, daß bei allen Veränderungen, die vielleicht Platz griffen, die Handelsgelegenheiten für alle Länder die gleichen sein sollten. Aber alles, was wir taten, bestand nur darin, Frankreich zu unterstützen und alles durch französische Gläser zu betrachten."

Die Stimmung in Frankreich

ist natürlich eine sehr gehobene. Sie wird am besten durch einen Artikel des ‚Figaro' gekennzeichnet, in dem u. a. ausgeführt wird: „Der Friede hängt einzig und allein von Deutschland ab. Grey sagte, wenn Deutschland nicht die Absicht hat, anzugreifen, so wird das Kriegsgetöse in Europa in zwei oder drei Jahren verstummt sein. Sir Edward Grey fügt nicht hinzu, ob Europa bis dahin zum Zweifel verurteilt ist, aber das wäre die logische Schlußfolgerung seiner beweglichen Rede. Vereinigen wir also alle unsre Kräfte, um diese kriegerische Möglichkeit von uns abzuwenden, versuchen wir unsre Stellung durch geschriebene und sichere Verträge zu stützen! Vereinigen wir alle unsre Ausgaben auf unsre Armee und Marine, zersplittern wir nicht unsre Mittel.

In Deutschland

hat die Rede des Herrn Grey wohl niemand ganz befriedigt, trotz der gegen den Schluß der Rede eingestreuten freundlichen Bemerkungen. Im Grunde genommen sagt die Rede ja nichts, als daß alles beim alten bleibt. England hält fest an der von König Eduard eingeleiteten Politik, deren Äußerungen und Folgen immer wieder zeigen, daß sie gegen Deutschland gerichtet ist. Man kann der Versicherung Greys, daß England den Frieden wolle, glauben, aber die Tatsache steht doch fest, daß Frankreichs Politik den deutschen Interessen entgegengesetzt ist und daß England (nach Greys Worten) auch in Zukunft Frankreichs Politik unterstützen wird. So sieht für Deutschland die Zukunft aus.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag führte am Dienstag zunächst die zweite Lesung des Entwurfs über die Einführung von Schiffahrtsabgaben zu Ende. Dann wurde die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes fortgesetzt. In § 3 hatte die Kommission das Aushängen von Lohntafeln obligatorisch gemacht und zum Ausgleich Ausnahmen für neu einzuführende Muster und für Probearbeit vorgesehen. Diese Ausnahmen wollte ein sozialdemokratischer Antrag beseitigen. Ministerialdirektor Caspar hat, den Antrag abzulehnen. Das Haus beließ es bei den Kommissionsbeschlüssen. Die Beratung wandte sich dann noch zu derjenigen Bestimmungen, die einen behördlichen Einfluß auf die Heimarbeitsverhältnisse vorsehen. Hierzu lag insbesondere der Kompromißantrag Behrens (wirtsch. Vgg.) vor, der an Stelle der in der Kommission lebhaft umstrittenen Lohnämter die Errichtung von Fachausschüssen vorsieht. Die Freisinnigen beantragten, die Befugnisse der Fachausschüsse zu erweitern. Bei § 4 beantragten die Sozialdemokraten, die Errichtung der Arbeitsräume u. a. so zu regeln, daß pro Person mindestens 12 Kubikmeter Luftraum vorhanden sind. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Abg. Göhre (soz.) begründete einen Antrag auf Schaffung von Lohnämtern. Staatssekretär Delbrück bekämpfte den Antrag und betonte, daß die Annahme desselben die Heimarbeit zum Absterben bringen würde.

Am 29. November wird die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes bei Artikel 3a fortgesetzt. Der Kompromißantrag Behrens fordert hierbei Fachausschüsse, ein sozialdemokratischer Antrag Lohnämter.

Abg. Fleischer (Zentr.): Auch wir halten die Lohnfrage für das Entscheidende in der Heimarbeit. Aber die Sozialdemokraten verlangen, daß auf Antrag von Hausarbeitern oder ihrer Organisationen das Gewerbegericht die Lohnsätze der betreffenden Branche festsetzen darf. Das können also heute zwei Hausarbeiter beantragen und morgen zwei andre; der Antrag bringt mithin nicht Ruhe, sondern das Gegenteil. Da aber die verbündeten Regierungen betonten, daß sie auf Reichsverbindlichkeit der Löhne nicht eingehen können, und auch im Reichstage eine Mehrheit für Lohnämter nicht zu erreichen war, mußten wir diesen Weg aufgeben. Die Fachausschüsse freilich sind nicht so bedeutungslos, wie sie Abg. Göhre hinstellen wollte. Sie sind namentlich zur Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse wohl geeignet.

Abg. Graf Carmer-Zieserwitz (kons.): Die Mißstände in der Heimarbeit leugnet niemand. Die Vorlage hat von der äußersten Linken und vom Abg. Naumann eine wenig freundliche Kritik erfunden und so forderte man Mindestlöhne durch Lohnämter. Abg. Naumann geht nicht ganz so weit; sind aber die Löhne erst einmal festgesetzt, so will er für sie auch gesetzliche Kraft haben. Der Entwurf bringt aber auch jetzt schon erhebliche Verbesserungen für die Hausindustrie. Was die Lohnämter angeht, so lehnen wir jede obligatorische Bindung der Löhne, die gesetzliche Kraft haben soll, mit Entschiedenheit ab. Nach wie vor muß es der

freien Vereinbarung

überlassen bleiben, den Lohnvertrag abzuschließen. Unsre Ablehnung gründet sich aber auch auf die Erwägung, daß die Festsetzung von Mindestlöhnen zum Nachteil der Hausarbeiter ausschlagen muß und namentlich der elendesten unter ihnen. Würden Mindestlöhne eingeführt, so würden die Verleger viele Krüppel und dann wohl auch viele Frauen aussondern und diese Wirkung wäre nicht erwünscht. Schon das Vorhandensein der Fachausschüsse und die Veröffentlichung der Löhne wird die Elendslöhne zum guten Teile beseitigen.

Abg. Everling (nat.-lib.): Wer die Entwicklung des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit kennt, muß die Behauptung, die Sozialdemokratie habe hier Nennenswertes geleistet, als

unglaubliche Selbsttäuschung

wenn nicht als glatte Geschichtsfälschung ablehnen. Begrüßt habe ich, daß Preußen staatliche Mittel zur hygienischen Förderung der Heimarbeit flüssig macht, und von Sachsen erhoffe ich als Saxoborusse das gleiche. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab und ebenso den Antrag Naumann. Wir sind für Fachausschüsse.

Abg. Manz (fortschr. Vp.): Lohnämter sind ein Unding. Schreibt der Staat Mindestlöhne vor, so muß er auch für lohnende Beschäftigung und genügenden Export sorgen. Mit Ihrer (zu den Soz.) Theoretisiererei zertrümmern Sie nur die ganze Hausarbeit. Der große Teil meiner Freunde tritt jedenfalls für die Fachausschüsse ein. Das Zentrum hat aber kein Recht, von einer Fraktion Naumann und einer Fraktion Manz zu sprechen. Im Zentrum gibt es doch Leute, die nicht wieder kandidieren wollen, weil sie es im Zentrum nicht mehr aushalten können. Als erster Versuch ist die Vorlage ausreichend.

Abg. Kolbe (freik.): Die Sozialdemokratie ist sich der Schwäche ihrer Position sehr wohl bewußt. Aus Göhre sprach ja Klassenhaß; wie kann er da zu christlicher Barmherzigkeit mahnen? Wir danken der Regierung, daß sie die Lohnämter mit solcher Bestimmtheit ablehnte. In England hat man ja Lohnämter, aber dort ist die Lage der Heimarbeit viel ungünstiger.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.): Die weitgehenden sozialdemokratischen Anträge können nur dazu beitragen, die Vorlage zum Scheitern zu bringen. Grundsätzlich bin ich auch für Lohnämter. Angesichts des Widerspruchs der Regierung aber trete ich vorläufig für Fachausschüsse ein. Sollten diese nicht genügen, so werden meine Freunde weitere Schritte tun.

Abg. Enders (fortschr. Vp.): Auch die Heimarbeit läßt sich organisieren. Aber der sozialdemokratische Antrag ist auch für die Spielwarenindustrie einfach unausführbar. Die australischen Lohnämter sind nur für das Fabrikgewerbe da, nicht für die Heimindustrie. In England aber kann von Bewährung der Lohnämter vorläufig nicht die Rede sein. Die Sozialdemokratie will die

Heimarbeit vernichten.

Der größte Teil der deutschen Heimindustrie aber ist gesund, lebensfähig und notwendig.

Abg. Naumann (fortschr. Vp.): Der Antrag, den ich mit einem Teil meiner Freunde eingebracht habe, unterscheidet sich von dem sozialdemokratischen dadurch, daß wir die staatliche Lohnregulierung nicht obligatorisch machen und die unausführbare Bestimmung, die Lohnsätze der Heimarbeiter den Fabriklöhnen gleich zu machen, ausmerzen. Nach meiner Ansicht ist auch der Kompromißantrag Behrens praktisch unwirksam, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß die Fachausschüsse eines Tages einschlafen. Man sage auch nicht, der Staat solle die Löhne festsetzen; das soll die Vereinigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Aber beeinflußt das Reich nicht z. B. durch die Schutzzollpolitik die Preise? Stütze man sich also nicht auf die Unannehmbarkeit der Regierung; bei der Reichsfinanzreform hat man es bei der Mehrheit auch nicht getan.

Staatssekretär Delbrück: Im Antrag Naumann bleibt vom sozialdemokratischen Antrag nichts übrig. Aber auch für seinen Antrag gilt: die Verhältnisse der Heimindustrie sind viel zu kompliziert, als daß Mindestlöhne möglich wären. Der Vorredner verweist auf den Schutzzoll. Dieser aber ist ein für allemal durch Vereinbarung der gesetzgebenden Faktoren festgesetzt. Er wirkt unter Umständen preissteigernd, aber ein Einfluß der Behörde auf die Preisfestsetzung im einzelnen Fall ist ausgeschlossen. Die Polemik des Vorredners war ästhetisch-parlamentarisch, aber nicht sachlich.

Abg. Pietsch (soz.): Die Lohnämter haben ja keine Aussicht mehr. Aber die Fachausschüsse sind kein Ersatz. Bei der Branntweinliebesgabe setzt sich das Reich die Preisfestsetzung unbedenklich.

Abg. Giesberts (Zentr.): Wenn die Fachausschüsse ähnlich günstig wirken, wie die Arbeiterausschüsse mitunter gewirkt haben, so sind sie wert, geschaffen zu werden.

Der Lohnämterantrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso der Antrag Ober-Naumann. Der Kompromißantrag über die Fachausschüsse wird einstimmig angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird erledigt, die Resolution der Kommission, die die bekannte Forderung auf Berücksichtigung von Tarifverträgen bei Vergebung öffentlichen Lieferungen, die u. a. im Militär- und Marine-Etat zu Beschlüssen führte, auch auf die Hausarbeit überträgt, wird angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm ließ sich nach Moschen, wo der Monarch zum Besuch des Grafen Thiele-Winckler weilte, eingehend Bericht über die Rede des englischen Staatssekretärs des Äußeren erstatten.

⊕ Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wird, wie verlautet, am Schlusse der Reichstagstagung (6. Dezember) noch einmal über die auswärtige Politik sprechen und zwar auf der Grundlage der Verhandlungen über die Marokkofrage in der Budgetkommission. Dieser Entschluß des Reichskanzlers ist durchaus zu begrüßen; denn zu der Rede des Herrn Grey im englischen Unterhause dürfte noch manche Bemerkung zu machen sein, ganz abgesehen davon, daß sie ja eigentlich eine Antwort erfordert, da sich ja Sir Edward Grey direkt auf zwei Reden des deutschen Kanzlers bezogen hat.

* Nach einer Mitteilung des Reichskolonialamtes entsprechen die Gerüchte über Unruhen in verschiedenen Gebieten Ostafrikas nicht den Tatsachen.

* An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Marcus wurde der Senator Dr. Stadtländer zum Bürgermeister von Bremen gewählt.

Kindesliebe.

30] Roman von Rolf Cormans.

(Fortsetzung.)

Else willfahrte Frau Gernsdorffs Verlangen, und während der zwei Minuten, die bis zu ihrer Wiederkehr verzingen, klammerte sich die Witwe mit beiden Händen an die Lehne eines Sessels, um nicht zu Boden zu sinken, mehr einem blutlosen Steinbild ähnlich, als einem menschlichen Wesen.

Sie wollte ihr ein Frage entgegenschreien, als Else endlich wieder auf der Schwelle erschien; aber ihre bleichen Lippen bewegten sich lautlos. Kein Wort mehr vermochte sie herauszubringen. Else flog auf sie zu und fing die Schwankende in ihren Armen auf.

„Fassen Sie Mut! Es ist alles über Erwarten gut gegangen. Für den Augenblick wenigstens ist nach der Versicherung des Arztes keine Gefahr. Und wenn Sie sich stark genug dazu fühlen, dürfen Sie kommen, Ihr Enkelchen zu sehen — ein gesundes, blühendes Kind, das man eben in sein Bettchen gelegt hat, nachdem es die Mutter zum erstenmal geküßt."

Aber Charlotte war nicht mehr stark genug. Die kaum erhoffte Freude ließ sie zusammenbrechen, wie sie auch unter der erwarteten Schreckenskunde zusammengebrochen wäre. Ein wildes, ungestümes Schluchzen war ihre einzige Antwort, und Else hatte Mühe, sie bis zu dem Sofa zu führen, auf das sie völlig kraftlos niedersank. Es war ein glücklicher Zufall, daß gerade in diesem Augenblick eines der Mädchen eintrat, dem Else jetzt mit gutem Gewissen die Fassungslose übertragen konnte. Eine kleine Weile noch blieb sie; dann aber, als die Regierungsrätin auf ihre Frage, ob sie nun gehen dürfe, mit einem stummen Kopfnicken antwortete, eilte sie hinaus, um mit einem Herzen voll namenloser, überschwenglicher Glückseligkeit und mit der Hast eines gejagten Wildes den Weg nach dem Bureau des Rechtsanwalts Sieveking einzuschlagen.

19.

„Was Sie begehren, ist unmöglich. Ich will Ihnen eine kurze Unterredung mit dem Gefangenen gestatten, doch nur in meiner Gegenwart und hier in meinem Bureau. Dies ist die äußerste Vergünstigung, die ich Ihnen nach den bestehenden Vorschriften zu gewähren vermag."

Der Zuchthausdirektor Holthoff hatte seine strengste Amtsmiene aufgesetzt, während er diese Worte sprach. Dieser elegante junge Rechtsanwalt, der mit so selbstbewußter Sicherheit auftrat, und von dessen hübschem Gesicht das zuversichtliche Lächeln auch jetzt noch nicht verschwand, hatte ihm von vornherein in hohem Grade mißfallen, so daß er es für angezeigt hielt, ihm seine Überlegenheit mit einigem Nachdruck fühlen zu lassen.

Dem andern schien es aber durchaus an dem rechten Verständnis für die Würde eines Gefängnisdirektors zu fehlen. Er verbeugte sich sehr artig, um zugleich mit einer geradezu impertinenten Gelassenheit zu erwidern: „Ich zweifle nicht, daß die Grenzen Ihrer Amtsbefugnisse Ihnen unter gewöhnlichen Verhältnissen die Erteilung einer weitergehenden Erlaubnis verbieten. Hier handelt es sich aber um etwas Außergewöhnliches, um einen Ausnahmefall. Und ich hoffe, daß Ihre Bedenken schwinden werden, nachdem Sie die Güte hatten, von dem Inhalt dieses Schriftstückes Kenntnis zu nehmen."

Lächelnd überreichte er dem stirnrunzelnden Direktor ein Blatt, das er aus der Brusttasche gezogen und bedächtig entfaltet hatte.

Holthoff warf einen raschen Blick auf Stempel und Unterschrift und fragte erstaunt, doch mit merklich verändertem Ton: „Eine Verfügung des Ministers? Ja, warum sind Sie denn nicht gleich damit zum Vorschein gekommen, Herr Rechtsanwalt?"

Sieveking sah sich nicht veranlaßt, darüber Auskunft zu geben, sondern wartete mit der gelassenen Ruhe eines Mannes, der seines Erfolges gewiß ist, auf das Resultat der Prüfung.

Mit gemessener Höflichkeit sagte der Gefängnisdirektor, als er die Lektüre beendet: „Da mich die Verfügung des Herrn Ministers jeder eigenen Verantwortlichkeit überhebt, habe ich selbstverständlich gegen die Erfüllung Ihres Verlangens nichts weiter einzuwenden. Sie wünschen, daß die Unterredung in der Zelle des Sträflings stattfindet?"

„Ich bitte darum."

Holthoff drückte auf den Knopf der elektrischen Leitung und befahl dem eintretenden Beamten: „Lassen Sie diesen Herrn in den Isolierflügel führen. Er hat Erlaubnis, mit Nummer 113 in seiner Zelle zu sprechen, und zwar ohne Zeugen. Natürlich werden Sie sich mit dem Gefangenen einschließen lassen müssen, Herr Rechtsanwalt."

Doktor Sieveking verbeugte sich wieder.

„Ich fürchte mich nicht, Herr Direktor."

An der Seite seines schweigsamen uniformierten Führers legte der Besucher den langen Weg über Höfe, Treppen und Korridore zurück, bis sich die Tür von Nummer 113 vor ihm öffnete, und bis er seinem ehemaligen Studiengenossen im grauen Sträflingsanzuge gegenüberstand. Tapfer kämpfte er die Bewegung nieder, die ihn bei dem Anblick des so traurig veränderten Freundes für einen Moment hatte überwältigen wollen, und mit einem Lächeln, wie wenn sie einander etwa nach einer glücklich zurückgelegten Vergnügungsreise zum erstenmal wieder begegneten, streckte er ihm beide Hände entgegen.

Walter Gernsdorff aber wich betroffen zurück.

„Sieveking, du hier in Sonnenwalde? Ja, was soll denn das bedeuten?"

„Etwas Gutes bedeutet es — etwas unmäßig Gutes! Soll ich dir sagen, was ich hier in der Tasche habe? Die Freiheit habe ich darin — die Freiheit und deinen ehrlichen Namen. Freilich darfst du mich nicht mißverstehen. Ich bin nicht etwa in der Lage, dich jetzt einfach mit mir fortzunehmen. Einige umständliche Formalitäten müssen zuvor immerhin erfüllt werden; aber in vier Wochen — dafür will ich mich verbürgen — sitzen wir beide wie an manchem guten Tage aus vergangenen Zeiten hinter einer Flasche alten Johannisberger."